

Stellungnahme der deutschen Friedensforschungsinstitute / Vorstellung auf der Bundespressekonferenz

Friedensgutachten 2021 \ Europa kann mehr!

Die Europäische Union reagiert auf zu viele friedenspolitische Krisen und Konflikte nach wie vor nur zögerlich. Zu oft wirkt sie intern gelähmt durch bürokratische Hürden oder gehemmt durch autoritäre Umtriebe in ihren Mitgliedsländern. Zu oft agiert sie nach außen als weltpolitischer Zaungast und nicht als Ordnungsmacht von globalem Rang.

Europa kann mehr als das und es muss auch mehr können und es muss auch mehr können wollen. Das ist die Kernbotschaft der deutschen Friedensforschungsinstitute im diesjährigen Friedensgutachten 2021.

Die weltpolitischen Rahmenbedingungen dafür sind so günstig wie lange nicht. Mit Joe Biden ist 2021 ein US-Präsident ins Amt gekommen, der die transatlantische Partnerschaft wieder beleben will und multilaterale Institutionen und Verträge wertschätzt. Sogar für das zutiefst umstrittene Pipelineprojekt North Stream II verzichtet die neue US-Administration auf weitere Sanktionen, um die Partnerschaft mit Europa und Deutschland nicht zu belasten.

Europa muss nicht länger mit einer Handvoll weiterer Partner die Prinzipien der multilateralen Weltordnung verteidigen, sondern hat wieder Spielraum, proaktiv und gestalterisch tätig zu werden. Das ist friedenspolitisch auch dringend nötig, wie wir in unserem diesjährigen Gutachten in zentralen friedenspolitischen Handlungsfeldern aufzeigen:

Innerhalb Europas geht es um mindestens zweierlei:

Kreative Lösungen für die europäischen Konfliktherde finden

Die anhaltenden Konfliktherde um de facto-Regime in Osteuropa und im Südkaukasus, wie im Donbass, in Südossetien oder in Bergkarabach, sind brandgefährlich für Europa. Die militärischen Eskalationen – im Herbst 2020 zwischen Armenien und Aserbaidschan und die jüngste Massierung von russischen Truppen an der Grenze zum Donbass – verdeutlichen, wie schnell diese Konflikte sich ausweiten können. Sie benötigen eine belastbare Strategie der Konfliktbearbeitung.

Bei diesen Konfliktherden in der eigenen Nachbarschaft muss Europa aktiver werden, indem es auf der einen Seite bestehende Programme nutzt, um die akute Not der jeweiligen Bevölkerung vor Ort zu verbessern und Austausch zu ermöglichen, ohne diese andererseits aber völkerrechtlich anzuerkennen und damit ihre Statusansprüche zu unterstützen.

Mit Blick auf den größten Konfliktherd in der Region, die Ostukraine, raten wir der Europäischen Union einen Sonderbeauftragten zu berufen, um ein institutionelles Gegengewicht zu Russland in den Verhandlungen zum Donbass zu schaffen, die einzelnen Initiativen und Maßnahmen besser zu bündeln und bestehendes Kooperationspotenzial mit Russland, etwa in der Kooperation von OSZE und Russland, auszuloten.

Kollektiven Schutz von Menschenrechten und Demokratie ins Zentrum stellen

Gleiches gilt für die zunehmende Polarisierung innerhalb vieler europäischer Staaten. Sie spaltet Politik und Gesellschaft in antagonistische Lager und bedroht deren demokratische Systeme. Der Abbau demokratischer Errungenschaften und von Grundrechten ist seit zehn Jahren und weiterhin auf dem Vormarsch, nicht nur in Europa. Die Corona-Pandemie wirkt dabei wie ein Brandbeschleuniger. Um die Folgen der Pandemie zu bekämpfen, ist es vielerorts notwendig zu Einschränkungen demokratischer Freiheiten gekommen. Dort, wo diese Freiheiten ohnehin gefährdet waren, sind die Aussichten, dass sie schnell wieder hergestellt werden, jedoch noch geringer geworden.

Die Europäische Union ist immer eine Macht gewesen, die sich weniger auf Militär, als vielmehr auf ein überzeugendes normatives Ideal von Demokratie, Freiheit und Menschenrechten gepaart mit ökonomischer Potenz berufen konnte. Umso wichtiger ist es, den kollektiven Schutz von Demokratie und Menschenrechten nach innen wie nach außen wieder ins Zentrum des Handelns zu rücken:

Die Einschränkungen von Versammlungsfreiheiten müssen zurückgenommen und die parlamentarische Kontrolle der Exekutiven wiederhergestellt werden, sobald die Pandemiebedingungen es zulassen. Darüber hinaus muss die EU die demokratischen Strukturen auch außerhalb Europas intensiver unterstützen.

Europa muss global denken und handeln

Notwendig sind friedenspolitische Initiativen aber nicht nur in Europa, auch wenn der Problemhaushalt schon hier groß ist.

Gewaltkonflikte einzuhegen, verweist auf mehr als militärisches Eingreifen.

Es verlangt eine nachhaltige Unterstützung der entsprechenden Konfliktländer und eine präventive Unterstützung konfliktgefährdeter Länder. Im Globalen Süden geht es darum, beim Aufbau staatlicher Strukturen zu helfen, die Basisgüter und Leistungen für die Bevölkerung erbringen können, wie eine effektive medizinische Versorgung, Bildung, sauberes Wasser oder sichere Energie. Diese Unterstützung muss vor dem Hintergrund der Covid-19-Pandemie noch einmal verstärkt werden, die den Globalen Süden im besonderen Maße herausfordert. Die Umsetzung der Sustainable Development Goals steht in vielen dieser Länder auf Messers Schneide.

Noch bedenklicher ist die skandalöse Ungleichverteilung von Covid-19-Impfstoffen zwischen Ländern des Globalen Nordens und jenen des Globalen Südens. Diese Pandemie ist eine globale Pandemie. Aus nationalen Egoismen heraus nur die eigene Bevölkerung zu schützen, wird zum Bumerang werden, weil es neue Krisen heraufbeschwören wird, die uns weit länger beschäftigen als Covid-19.

Wir fordern die Bundesregierung daher auf:

1. sich im Kontext der G7 und der G20 für weitere Schuldenerleichterungen für den Globalen Süden einzusetzen;
2. im Kontext der EU die COVAX-Initiative zu unterstützen für den fairen Zugang zu Impfungen sowie
3. TRIPS-Waiver zu forcieren, um die Herstellung von Covid-19-Impfstoffen direkt in den betroffenen Ländern zu ermöglichen.

Eine globale Krise ist nicht der angemessene Handlungskontext, um über die hohen Entwicklungskosten und ihre Amortisierung in der Pharmaindustrie zu diskutieren, sondern eine Zeit, in der schnelle und effektive Kooperation vonnöten ist, um eine Kaskade weiterer humanitärer Notlagen zu verhindern!

Eine Covid-19-Friedensdividende schaffen

Um Covid-19 effektiv begegnen zu können, braucht es gemeinsame internationale Bemühungen und Ressourcen. Diese Ressourcen sind durchaus vorhanden, wenn politische Prioritäten angepasst werden. Selbst während der Pandemie sind die Ausgaben für das Militär weltweit weiter angestiegen.

Corona kann nicht militärisch bekämpft werden und ist doch zweifellos eine der größten Krisen der Gegenwart. Darum ist es genau jetzt notwendig, eine Corona-Friedensdividende auszuschütten. Das heißt konkret im Rahmen der Vereinten Nationen, wie auch der G7 und G20 eine gemeinsame Initiative zur Begrenzung und Reduzierung der Rüstungsausgaben zu vereinbaren und die frei werdenden Mittel in den UN COVID-19 Response and Recovery Fonds einzuspeisen.

Das gleiche gilt für die NATO. Auch hier empfehlen wir, das 2 %-Ziel der Rüstungsausgaben für die nächsten Jahre auszusetzen, um finanzielle Spielräume für die Bekämpfung der Folgen von Covid-19 zu schaffen. Letztlich gilt, dass jeder verhinderte Gewaltkonflikt günstiger wird als alle Rüstungsausgaben, um ihn zu gewinnen oder seine Folgen zu bewältigen. Allein im Jahr 2019 wurden die negativen wirtschaftlichen Auswirkungen der Gewalt in der Welt auf 14.4 Bio. US-Dollar beziffert.

Eine solche global getragene Initiative hat auch das Potenzial, die so lange dahinsiechende Rüstungskontrolle wiederzubeleben und den Schub zu nutzen, der mit der neuen US-Administration eingesetzt hat.

Dazu zählt die längerfristige Multilateralisierung der nuklearen Rüstungskontrolle, die auch China einbindet, ebenso wie die Reaktion auf neue Mittelstreckenraketen und die nachhaltige Unterstützung des Nuklearen Nichtverbreitungsvertrags.

Dazu gehört auf europäischer Ebene aber auch die Stärkung der europäischen Rüstungsexportkontrolle, um zu verhindern, dass wirtschaftliche Interessen die friedenspolitischen Initiativen wieder unterlaufen.

Spielräume für globale Kooperation nutzen

Globale Initiativen sind am effektivsten, wenn sie alle maßgeblichen Player umfassen. Das ist eine heikle Aufgabe in einer Phase, in der sich alte und neue Großmächte mit Misstrauen begegnen und ihre Rivalitäten immer offener austragen. Auch die neue US-Administration unter Joe Biden ist da keine Ausnahme: Sie hat Ihre ideologischen und politischen Differenzen zu China und Russland sehr klar markiert und fordert Europa auf, diesem Kurs zu folgen. Die Friedensforschungsinstitute bestreiten diese Differenzen nicht, aber sie mahnen eine friedensbewahrende Politik an, welche die noch bestehenden gemeinsamen Interessen zwischen den USA, Europa und Russland und China bewahrt und Anstrengungen unternimmt, darüber neue Möglichkeiten der Kooperation zu erschließen.

Insbesondere im Verhältnis zu China ist Europa in einer hervorgehobenen Position, um zwischen den Rivalen zu vermitteln. Anders als die USA hat Europa neben vielen konfliktbeladenen Politikfeldern auch Kooperationsfelder. Wir unterstützen daher die EU-Positionierung, die China nicht nur als Rivalen, sondern ebenso als Konkurrenten und teils auch Partner versteht. Wie empfehlen diese Position weiter auszubauen.

Dazu gehört, gemeinsame Interessen wie Nachhaltigkeit und Konfliktsensitivität im Bereich der Seidenstraßeninitiative zu verfolgen, um China gerade mit Bezug auf globale Initiativen in Afrika multilateral einzubinden; in Konflikten zwischen China und seinen Nachbarn über Partnerschaftsprojekte zu vermitteln; und zugleich rote Linien zu ziehen, wo China in eklatanter Art und Weise Menschen- und Freiheitsrechte mit Füßen tritt, wie etwa im Fall der Uiguren oder in Hong Kong.

Ein solche Strategie ist anstrengend, denn sie verlangt eine getrennte Analyse der jeweiligen Politikfelder, um differenziert handeln zu können, und zugleich eine Gesamtstrategie, die sicherstellt, dass Kooperation in einzelnen Feldern nicht von China für eigene Zwecke instrumentalisiert werden kann. Dennoch ist sie unabdingbar, um die gegenwärtig einsetzende Bedrohungsspirale zwischen China und dem Westen zu durchbrechen.

Zivile Kompetenzen nutzen

Solche anspruchsvollen Strategien lassen sich – und damit kehren wir zum Kern unserer diesjährigen Stellungnahme zurück – aber nur dann realisieren, wenn Europa friedenspolitisch an einem Strang zieht und wenn es konsequent seine friedenspolitischen Stärken ausspielt.

Gegenwärtig fehlt in Europa eine dringend benötigte funktionale Arbeitsteilung zwischen OSZE, NATO und EU, die ihre friedens- und sicherheitspolitischen Fähigkeiten einerseits besser als bislang bündelt, andererseits die jeweiligen Stärken und Schwächen besser integriert.

Die notwendige Diskussion um eine solche Arbeitsteilung gehört in die Debatte um die strategische Autonomie Europas. Die Friedensforschungsinstitute mahnen, diese Debatte endlich auch friedenspolitisch auszurichten, denn momentan dominieren verteidigungspolitische Fragen die Debatte. So wichtig die Verteidigungsfähigkeit Europa ist, so deutlich muss gerade angesichts von Covid-19 werden, dass einige der größten friedenspolitischen Herausforderungen dieses Jahrhunderts, wie der Klimawandel oder Pandemien, nicht mit Militär zu bewältigen sein werden, sondern zivile, politische Strategien und Programme benötigen. Hierin liegt traditionell die Stärke der Europäischen Union und das historische Vermächtnis Europas. Auf diese Stärken gilt es sich zu besinnen:

Europa kann mehr. Die Frage ist: Will es auch mehr?

Die herausgebenden Institute
Bonn International Center for Conversion (BICC)
Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK)
Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH)
Institut für Entwicklung und Frieden (INEF)

Kontakt

Dr. Stefan Kroll

Leiter Wissenschaftskommunikation HSFK, Ansprechpartner für Presseanfragen

kroll@hsfk.de

Telefon +49 163 7818460

www.friedensgutachten.de

Twitter: @PeaceReport #friedensgutachten

